



STADTRATSFRAKTION MAINZ

Stadthaus Große Bleiche

Große Bleiche 46

55116 Mainz

Zimmer 2.066

Tel. 0 61 31 - 12 39 14

Fax 0 61 31 - 12 39 13

Mainz, 05.05.2023

Antrag **0704/2023** zur Sitzung Stadtrat am **17.05.2023**

Cannabis-Modellregion (DIE LINKE)

Seit Jahren gibt es Debatten um das Thema der Legalisierung von Cannabis. Kürzlich haben nun Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Agrarminister Cem Özdemir ihre Pläne dazu vorgestellt¹. Zunächst soll der Verkauf von Cannabis für Erwachsene in Fachgeschäften in Modellregionen mit wissenschaftlicher Begleitung erprobt werden. Die Städte Frankfurt am Main und Offenbach haben sich dazu schon geäußert, dass sie einen Vorstoß wagen wollen², auch in Darmstadt³ und Wiesbaden⁴ wird darüber diskutiert.

Eine gesundheitsschutzorientierte Freigabe an Volljährige löst den bereits vorhandenen Konsum und Verkauf aus Kriminalisierung und Schwarzmarkt heraus und schafft Möglichkeiten, klare Vorgaben zu Inhaltsstoffen und Qualität festzulegen. Dadurch können Verunreinigungen vermieden und transparente Anbau- und Abgabewege sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit Cannabis ermöglicht werden.

Wissenschaftliche Begleitung ist dabei ebenso essenziell wie Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen, um auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen und beim Ausstieg zu unterstützen.

Mit einer Bewerbung als Modellstadt könnte Mainz, gemeinsam mit Wiesbaden, Darmstadt, Frankfurt und Offenbach, Teil einer großen Modellregion werden und einen neuen, sozialen und jugendschutzorientierten Standard in der deutschen Drogenpolitik festlegen.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Initiative für ein städteübergreifendes Modellprojekt zur regulierten Abgabe von Cannabis in der Rhein-Main-Region zu ergreifen. Dazu sollten Gespräche mit den Städten Frankfurt, Offenbach und Darmstadt sowie Wiesbaden aufgenommen werden.

In einem solchen Modellprojekt sind unter anderem eine begleitende und kontinuierliche Aufklärungs- und Präventionsarbeit sowie eine finanzielle Unterstützung durch den Bund und das Land Rheinland-Pfalz sicherzustellen.

Dabei sind die Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene zu richten, um auf die Risiken des Cannabiskonsums aufmerksam zu machen.

Des Weiteren sollen Beratungsangebote eingerichtet werden, die beim Ausstieg unterstützen können.

2. Die Verwaltung wird gebeten, nach erfolgten Gesprächen dem Stadtrat ein mögliches Konzept vorzulegen und darüber zu berichten.

Carmen Mauerer
(Ko-Fraktionsvorsitzende)